

Kurdische Parteien in Syrien

Entwicklungen, Dynamiken, Positionen
(2011-2023)

Eva Savelsberg, Jelena Kolar & Siamend Hajo

2023
September

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies



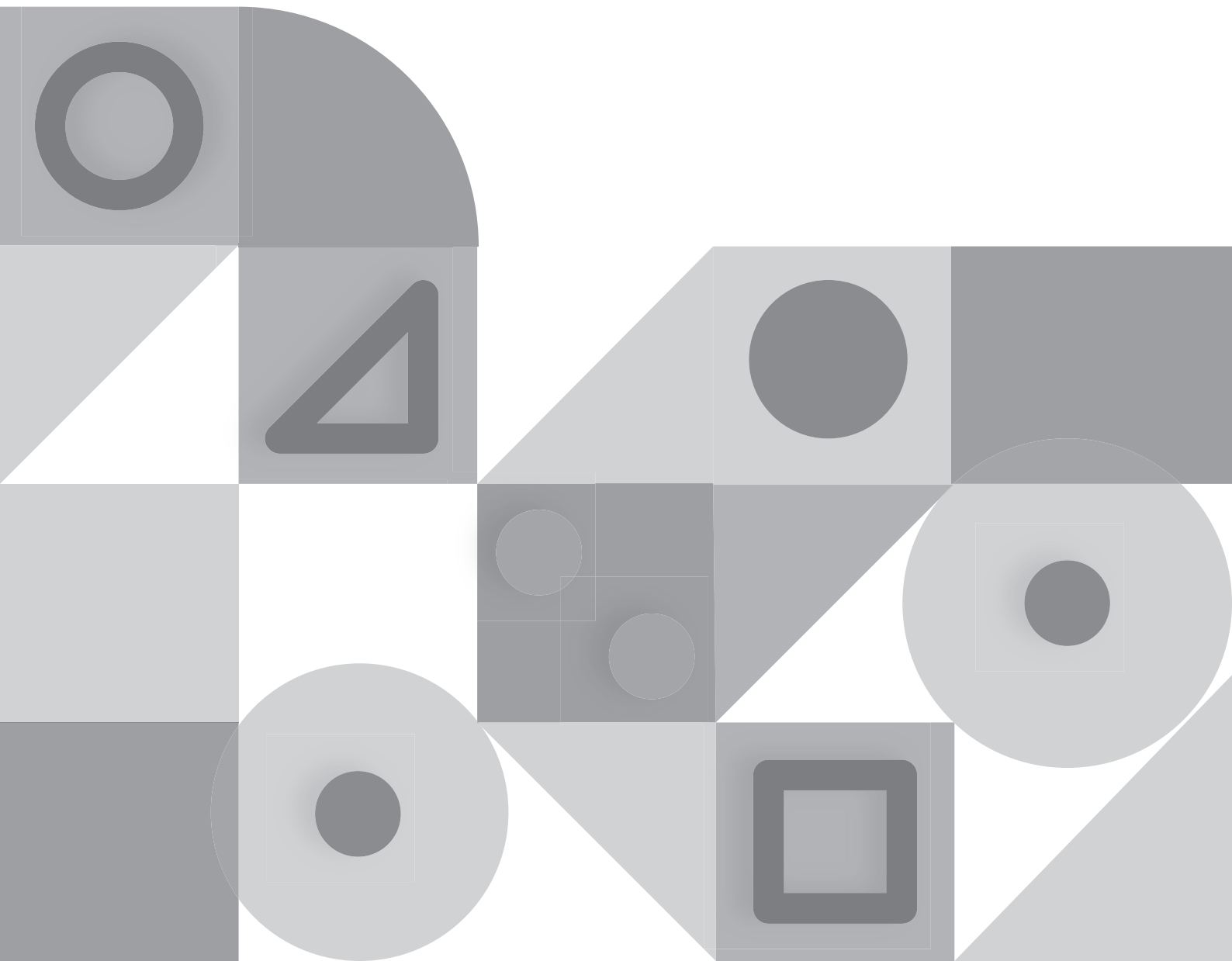
Kurdische Parteien in Syrien

Entwicklungen, Dynamiken, Positionen
(2011–2023)

Eva Savelsberg, Jelena Kolar & Siamend Hajo

2023
September

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies



Kurdische Parteien in Syrien

Entwicklungen, Dynamiken, Positionen (2011–2023)

Eva Savelsberg, Jelena Kolar & Siamend Hajo

Einleitung

Die kurdische Parteienlandschaft Syriens gilt als unübersichtlich – aus diesem Anlass haben wir bereits 2011, zu Beginn der syrischen Revolution, einen Aufsatz mit dem programmatischen Titel »Wer ist die syrisch-kurdische Opposition? Die Entwicklung kurdischer Parteien 1956–2011« verfasst.¹ Das Interesse von Wissenschaftler:innen, Politiker:innen und Journalist:innen war groß – galten die Kurd:innen doch als bestorganisierter Teil der syrischen Opposition. Insgesamt gab es damals fünfzehn in Syrien aktive syrischkurdische Parteien, zwölf von ihnen stammten von der Kurdischen Demokratischen Partei in Syrien (Partiya Demokrat a Kurdî li Sûriyê, KDPS bzw. »Ur-KDPS«) ab. Bei dieser handelt es sich um die erste syrischkurdische Partei überhaupt, ihre Gründung geht auf das Jahr 1957 zurück.

Heute, zwölf Jahre nach diesem ersten Aufsatz, ist die Zahl syrischkurdischer Parteien auf über 60 gestiegen. Welche Umstände haben dazu geführt, dass sich die Zahl der Parteien mehr als vervierfacht hat? Welche ideologischen Richtungen gibt es innerhalb der Parteienlandschaft – und welche größeren Verbünde? Können die syrischkurdischen Parteien gemäß ihren Zielen bzw. ihrer Strukturen als demokratisch bezeichnet werden? Welche Rolle spielen sie aktuell – in Syrisch-Kurdistan und innerhalb der syrischen Opposition?

Der erste Teil dieser Studie schließt an unseren Aufsatz von 2011 an und beschäftigt sich mit der Entwicklung syrischkurdischer Parteien von 2011 bis heute. Vor dem Hintergrund der syrischen Revolution bzw. des syrischen Bürgerkriegs werden die Dynamiken dargestellt, die in den vergangenen zwölf Jahren innerhalb der syrischkurdischen Parteienszene zu beobachten sind. Bei der Recherche von Informationen bis ins Jahr 2016 beziehen wir uns dabei vor allem auf die zwischen 2009 und 2016 vom Europäischen Zentrum für Kurdische Studien (EZKS) unterhaltene Webseite KurdWatch, die die Entwicklung in den kurdischen Gebieten Syriens auf tagesaktueller Basis nachvollzogen hat.

Der zweite Teil der Studie beschäftigt sich mit der Frage, welche inhaltlichen Positionen syrischkurdische Parteien heute vertreten, inwieweit sie als demokratisch hinsichtlich ihrer Ziele und ihrer Strukturen gelten können und wo ihre Defizite liegen. Wir beziehen uns dabei unter anderem auf eine zwischen April und Juni 2023 von uns durchgeführte Umfrage, in deren Rahmen neben Daten zur Entstehungs- respektive Spaltungsgeschichte der Parteien auch Informationen zu den wichtigsten Parteizielen, zur Repräsentanz von Frauen sowie zur Zugehörigkeit zu einem der beiden großen Parteienverbände in Syrisch-Kurdistan, dem Kurdischen Nationalrat in Syrien (Encûmena Nîştîmanî ya Kurdî li Sûriyê, KNR) bzw. dem Syrischen Demokratischen Rat (SDR) erhoben wurde.²

Teil 1: Entwicklungen und Dynamiken

Wie bereits erwähnt, existierten im Oktober 2011 in Syrien insgesamt fünfzehn kurdische Parteien.³ Zwölf von ihnen waren aus der KDPS von 1957 hervorgegangen: vier aus ihrem rechten

1 Siehe KurdWatch, Dezember 2011, »Wer ist die syrischkurdische Opposition? Die Entwicklung kurdischer Parteien 1956–2011«, einzusehen unter https://web.archive.org/web/20171107020626/http://www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_parteien_de.pdf.

2 Insbesondere zahlreiche Informationen zu den Strukturen des KNR hat der Co-Autor dieser Studie in seiner Funktion als Vorsitzender der Kurdischen Zukunftsbewegung in Syrien (Şepêla Pêşrojê ya Kurdî li Sûriyê) bzw. der Freiheitspartei Kurdistans (Şepêla Azadî ya Kurdistanî) im Rahmen seiner Kontakte zum KNR bzw. in Gesprächen mit dessen Akteur:innen erlangt.

3 Siehe KurdWatch, Dezember 2011, S. 14–15. Die zugehörige Tabelle findet sich unter https://web.archive.org/web/20160706003124/http://www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_parteien_en_2.pdf. In der Auflistung wie in der Tabelle fehlt die Kurdische Reformbewegung – Syrien (Tevgera Çaksazî Kurdî-Sûriya) unter Vorsitz von Faisal Yusuf, die sich 2010 von der Kurdischen Demokratischen Fortschrittspartei in Syrien (Partiya Demokrat a Pêşverû ya Kurdî li Sûriyê) abgespalten hatte.

Flügel, vier aus ihrem linken Flügel und vier aus der sog. »Provisorischen Führung«. Die Spaltung zwischen dem rechten und dem linken Flügel geht auf das Jahr 1965 zurück: Laut Salah Badruddin, ab 1969 Vorsitzender des linken Flügels der Partei, wurde bei der entscheidenden Parteikonferenz 1965 zum einen darüber gestritten, ob die Kurden Syriens ein Volk oder eine Minderheit sind, d.h. ob sie das Recht auf Selbstbestimmung oder (nur) auf kulturelle Rechte haben. Der zweite Streitpunkt drehte sich um die Frage, ob die KDPS ein Teil der demokratischen Bewegung in Syrien ist und welche Position sie zu den politischen und gesellschaftlichen Fragen in Syrien vertritt bzw. ob sie auf der Seite der Machthaber stehen oder aber ein Teil der politischen Opposition im Land sein sollte. Schließlich ging es um die Position gegenüber der kurdischen Bewegung im Irak, um die Frage, ob die Partei Mulla Mustafa Barzani oder Dschalal Talabani unterstützen solle.⁴

1970 kam es, auf Druck der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP-Irak), bei einer Sitzung in Irakisch-Kurdistan zu einer kurzfristigen Wiedervereinigung der beiden Flügel zur Kurdischen Demokratischen Partei in Syrien (provisorische Führung). Vertreten in der »provisorischen Führung« waren neben fünf unabhängigen Personen vier Mitglieder des rechten und vier Mitglieder des linken Flügels der KDPS, jedoch weder ‘Abdulhamid Hadschi Darwisch noch Salah Badruddin, die Vorsitzenden des rechten respektive linken Flügels der Partei. Daham Miro wurde zum Leiter ernannt. Doch noch im selben Jahr, 1970, scheiterte der Zusammenschluss. 1971 verließ Darwisch den Irak Richtung Syrien, wo er, außerhalb des Einflussgebietes von Mulla Mustafa Barzani »seine« KDPS wiederbelebte. Auch Salah Badruddin verließ 1971 den Irak – Richtung Deutschland, um dort die Arbeit des anderen Flügels der KDPS fortzusetzen. Unabhängig davon blieb Daham Miro Leiter der KDPS (provisorische Führung). 1972, beim sogenannten ersten Parteitag der KDPS, der 15 Jahre nach ihrer Gründung in Bamarni (Irakisch-Kurdistan) stattfand, wurde er zum Sekretär derselben gewählt.⁵ Bis zum Beginn der Revolution 2011 kam es zu zahlreichen Spaltungen und Zusammenschlüssen, so dass sich aus den drei Spaltungen der KDPS, die 1971 existierten, insgesamt zwölf eigenständige Parteien entwickelten.

Spaltung als Ausdruck mangelnder Demokratie

Die frühe Geschichte der KDPS ist interessant, weil sich gewisse, dort aufscheinende Strukturen bis heute erhalten haben. Hierzu gehört, neben der Bindung der syrischkurdischen Parteien an eine einflussreichere Partei außerhalb Syriens auch ein Mangel an demokratischen Parteistrukturen, die sich u.a. in Spaltungen sowie in der »Zurückhaltung« der Parteien, regelmäßig Parteitage abzuhalten, niederschlägt. Diese Strukturmerkmale betreffen – wie im Folgenden anhand einiger ausgewählter Parteien zu zeigen sein wird – nicht allein die Nachfolgeparteien der KDPS von 1957, sondern auch andere syrischkurdische Parteien.

Die erste Partei, die es anzusehen gilt, ist die Kurdische Demokratische Partei in Syrien [Partiya Demokrat a Kurdî li Sûriyê], damals unter Führung von ‘Abdulahkim Baschar. Bei dieser Partei handelt es sich um die Schwesterpartei der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP-Irak) von Masud Barzani. Sie wurde bereits damals direkt von der KDP-Irak finanziert und profitierte darüber hinaus von deren Bekanntheit als der bis heute stärksten kurdischen Partei Irakisch-Kurdistans sowie vom Ruhm Mullah Mustafa Barzani, dem Gründungsvater der Partei. Im April 2014 schloss sie sich mit der Kurdischen Freiheitspartei in Syrien (Azadî) von Mustafa Dschum‘a, der Kurdischen Freiheitspartei in Syrien (Azadî) von Mustafa Oso sowie

4 Ein weiterer Grund für die Spaltung dürften die ideologischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Notabeln, religiösen Führern und Landbesitzern auf der einen sowie den ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei, zumeist Studenten, Lehrer und Arbeiter, auf der anderen Seite gewesen sein. Die KDPS hatte diese unterschiedlichen Gruppierungen zusammengebracht, ohne sie einander tatsächlich näher zu bringen.

5 Vgl. KurdWatch Dezember 2011: S. 12–13.

der Kurdistanischen Einheitspartei in Syrien von ‘Abdulbased Hamo zur Demokratischen Partei Kurdistans – Syrien (PDK-S) zusammen, die vier Ursprungsparteien lösten sich auf. Später argumentierten frühere Mitglieder der el-Partî allerdings, dass ihre Partei sich nicht aufgelöst habe, sondern die drei anderen Parteien sich ihr 2014 angeschlossen hätten, der Zusammenschluss demnach keine Neugründung gewesen sei. Um dies zu untermauern, wurde der Parteitag der PDK-S im Jahr 2023 nicht als 2. Parteitag (neun Jahre nach dem ersten 2014), sondern als 12. Parteitag bezeichnet. Nach den Wahlen zum Zentralkomitee bzw. der Ernennung der Mitglieder des Politbüros kam es zu einer Abspaltung einiger Mitglieder der Partei unter Führung von Mustafa Dschum‘a, ehemals Vorsitzender einer der beiden Azadîs und seit Gründung der PDK-S 2014 Mitglied des Politbüros. Hintergrund der Abspaltung war, dass Dschum‘a nicht wieder ins Zentralkomitee gewählt worden war. Er gründete daraufhin die Kurdistanische Bewegung Demokratischer Aufbau (Tevgera Avakirina Demoqrâtî Kurdistanî-Sûriya). Auf ihrem Parteilogo gibt die Partei neben 2023 als Gründungsjahr auch das Jahr 1957 an, beansprucht also, die oder zumindest eine direkte Nachfolgerpartei der »Ur-KDPS« zu sein.

Zu den wichtigeren Parteien gehörte 2011 zudem die Kurdische Demokratische Fortschrittspartei in Syrien (Partiya Demokrat a Pêşverû ya Kurdî li Sûriyê). Sekretär war 54 Jahre lang, von 1965 bis zu seinem Tod 2019, ‘Abdulhamid Hadschi Darwisch. Die Fortschrittspartei stand der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) nahe, der damals zweitstärksten Partei in Kurdistan Irak, und erhielt von dieser finanzielle Unterstützung. Seit dem Tod von ‘Abdulhamid Hadschi Darwisch ist es der Fortschrittspartei nicht gelungen, einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Ein Teil des Zentralkomitees unterstützt Darwischs Bruder, ein anderer Teil nicht – aktuell steht die Partei kurz vor der Spaltung.

Erwähnenswert ist zudem die Kurdische Einheitspartei in Syrien (Partiya Yekîti ya Kurdî li Sûriyê), 2011 unter Führung von Isma‘il Hami. In den Jahren vor Beginn der syrischen Revolution war die Einheitspartei die aktivste kurdische Partei, ihre Mitglieder organisierten zahlreiche Demonstrationen sowie Plakataktionen, und anders als die meisten anderen kurdischen Parteien positionierte sie sich bereits zu Beginn auf Seiten der syrischen Revolution. Ihr Vorsitz rotiert bis heute und ist auf maximal zwei Wahlperioden von zwei Jahren begrenzt – keine andere Partei verfügte bereits 2011 über eine solche Regelung. Die Yekîti stand lange Zeit der PUK nahe und wurde von dieser finanziert. Seit 2014 befindet sie sich jedoch auf der Paylist der KDP-Irak. Darüber hinaus hat auch die Yekîti nach 2011 eine Spaltung durchlaufen: 2021 verließ ‘Abdulsalam Khalaf Biro die Partei und schloss sich mit einer Abspaltung der Kurdischen Demokratischen Einheitspartei in Syrien (Yekîti) [Partiya Yekîti ya Demokrat a Kurdî li Sûriyê (Yekîti), von Hajar Ali] zur Volkspartei Syrisch-Kurdistan (Partiya Gel ya Kurdistan-Sûriyê) zusammen.

Eine weitere vor der Revolution bedeutende Partei war die Kurdische Demokratische Einheitspartei in Syrien (Demokratische Yekîti). Sie war 2011 die vielleicht einzige syrischkurdische Partei mit nennenswertem Einfluss in der Region ‘Afrin. Auch diese Partei hat inzwischen einige Spaltungen durchlaufen: Im Dezember 2014 wurde sie aus dem Kurdischen Nationalrat ausgeschlossen, weil sie, ebenso wie zwei weitere Parteien, bei den Wahlen zur Kurdischen Entscheidungsinstanz (siehe hierzu weiter unten) den Kandidat:innen der PYD statt den Kandidat:innen des KNR ihre Stimmen gegeben hatte. Während der ausgeschlossene Teil der Partei später dem Syrischen Demokratischen Rat (SDR) beitrug, gründeten andere Parteimitglieder ihre eigene Demokratische Yekîti, die unter Vorsitz von Fasla Yusif in den KNR zurückkehrte. 2016 spaltete sich Hajar Ali von Fasla Yusif ab und gründete die dritte Demokratische Yekîti, die allerdings, wie bereits erwähnt, 2021 ein Bündnis mit einer Abspaltung der Yekîti einging und sich fortan Volkspartei Syrisch-Kurdistan nannte. Dieses Bündnis hielt bis August 2023, als Hajar Ali die Partei wieder verließ und seine alte Partei reaktivierte.

Von den drei Parteien ohne gemeinsame Geschichte mit der »Ur-KDPS« sind vor allem zwei interessant: Die 2005 gegründete Kurdische Zukunftsbewegung in Syrien (Şepêla Pêşrojê ya Kurdî li Sûriyê) fiel vor allem durch ihren charismatischen Sprecher Misch'al atTammu auf. Anders als die anderen kurdischen Parteien pflegte er gute Kontakte in die arabische Opposition. Die syrische Regierung befürchtete, dass mit ihm ein Zusammenschluss zwischen arabischen und kurdischen Regimegegner:innen möglich werden könnte – dies führte am 7. Oktober 2011 zu seiner Ermordung, vermutlich durch ein vom Regime beauftragtes PKK-Kommando.⁶ Siamend Hajo folgte Misch'al atTammu als Vorsitzender; ihre erste Spaltung erlebte die Partei 2014, damals verließ Narin Metin die Partei und gründete ihre eigene gleichen Namens. 2017 kehrte Metin auch diese Partei den Rücken, die nunmehr von Fadî Marhê weitergeführt wurde, und gründete eine weitere Abspaltung, die sie Zukunftsbewegung Kurdistan (Şepêla Pêşrojê a Kurdistan) nannte. Ebenfalls 2017 erfolgte eine zweite Abspaltung von der Kurdischen Zukunftsbewegung von Siamend Hajo. Ihr Vorsitzender, Rezan Shaikmous, nannte »seine« Partei Zukunftsbewegung Syrisch-Kurdistan (Şepêla Pêşrojê a Kurdistan-Sûriyê). Von dieser wiederum spaltete sich 2020 Sulaiman Hussein ab. Die Kurdische Zukunftsbewegung von Siamend Hajo wiederum vereinigte sich 2020 mit der Kurdischen Freiheitspartei in Syrien von Dr. Tariq Kherki zur Freiheitsbewegung Kurdistans (Şepêla Azadî ya Kurdistanî). Neben der Freiheitsbewegung Kurdistans existieren somit aktuell vier Zukunftsbewegungen.

Die zweite Neugründung, die zu erwähnen ist, ist die 2003 gegründete Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekîtiya Demokrat, PYD). Bei der PYD handelt es sich um die syrische Schwesterpartei der türkisch-kurdischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Nach der Ausweisung von PKK-Führer Abdullah Öcalan aus Syrien im Oktober 1998 kam es zur sukzessiven Auslieferung zahlreicher hochrangiger PKK-Kader an die Türkei sowie zur Festnahme und langjährigen Inhaftierung von PKK-Anhängern in Syrien. Die Gründung der PYD sollte die in Syrien lebenden Sympathisant:innen und Mitglieder der PKK auch weiterhin an die Partei binden; gleichzeitig sollte die Neugründung dazu beitragen, staatlichen Repressionen zu entgehen. Letzteres gelang kaum: Bis zum Beginn der Proteste 2011 war die PYD nicht nur diejenige Partei mit den meisten Gefangenen, sondern ihre Mitglieder wurden in aller Regel auch zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt als die Mitglieder anderer Parteien und waren systematischer Folter ausgesetzt.⁷ Mit Beginn der syrischen Revolution änderte sich die Rolle der PYD maßgeblich, hierauf wird weiter unten zurückzukommen sein.

Die Entwicklung der genannten Parteien zeigt exemplarisch einen der Gründe auf, weshalb die Zahl der syrischkurdischen Parteien zwischen 2011 und 2023 auf über 60 gestiegen ist: Fast alle Parteien haben seither eine oder mehrerer Spaltungen durchlaufen. Dies verweist auf einen eklatanten Mangel: Es ist den diversen Parteien bis heute nicht gelungen, interne Strukturen zu etablieren, die es möglich machen, Konflikte diskursiv und im Zweifel durch Mehrheitsentscheid innerhalb der Partei zu klären. Sofern mehrere Personen um das Amt des Vorsitzenden, Sitze im Politbüro oder Zentralkomitee konkurrieren, stellt die Abspaltung von der Ursprungspartei eine allgemein akzeptierte Möglichkeit des unterlegenen Kandidaten dar, dennoch Vorsitzender/Politbüromitglied zu werden respektive zu bleiben. Dementsprechend kann es nicht verwundern, dass es häufig im Anschluss an Parteitage und die dort durchgeführten Wahlen zu Parteispaltungen kommt. Originär inhaltliche Gründe spielen bei den Spaltungen kaum eine Rolle. Wahlen werden von denjenigen, die an der Macht sind, oft als Bedrohung ihrer Position empfunden. Die Aussage des Vorsitzenden einer Partei kann da-

6 KurdWatch, 10. Oktober 2011, »Al-Qamischli: Misch'al at-Tammu bei Attentat getötet«, einzusehen unter <https://web.archive.org/web/20160709114527/http://www.kurdwatch.org/?aid=2075&z=de>.

7 Vgl. KurdWatch, September 2013, »Was will die kurdische Opposition? Politik zwischen Erbil, Sulaymaniya, Damaskus und Qandil«, S. 12-13, einzusehen unter https://web.archive.org/web/20180121095322/http://www.kurdwatch.org/pdf/KurdWatch_A009_de_Parteien2.pdf.

bei durchaus als typisch gelten: »Warum sollen wir einen Parteitag abhalten? Es gibt doch keine Probleme.«

Vermutlich können allein allgemeine und freie Wahlen, in denen die Bevölkerung über die Bedeutung der jeweiligen Parteien entscheidet, den Prozess der ständigen Spaltung und damit verbunden das Anwachsen der Zahl syrischkurdischer Parteien beenden – bzw. es würde deutlich werden, welche Parteien über eine nennenswerte Anhänger:innenschaft verfügen.⁸ Zustimmungswerte sind ein wesentlicher, wenn auch nicht der einzige Aspekt, der einer Partei und ihren Zielen sowie ihrem Personal Legitimität verleiht und es erlaubt, sie mit anderen Parteien zu vergleichen. Im Fall syrischkurdischer Parteien entfällt diese Möglichkeit. Dies erklärt auch, weshalb es für syrischkurdische Parteien bis heute von erheblicher Bedeutung ist, ihre jeweilige Partei als legitime Nachfolgerin der 1957 gegründeten KDPS darzustellen. Immerhin sechs der 28 Parteien, die an unserer Umfrage teilgenommen haben, geben an, 1957 gegründet worden zu sein, das heißt, sie definieren sich als direkte Nachfolgerin der »Ur-KDPS«. Weitere drei Parteien nennen als Gründungsjahr 1965, also das Jahr, in dem sich die »Ur-KDPS« in einen linken und einen rechten Flügel spaltete.

Eine Ausnahme bezüglich der Spaltungen stellt allein die PYD dar: gegründet 2003, spaltete sich im Jahr 2004 Kamal Schahin mit der Rêkeftin ab. 2005 wurde er in Irakisch-Kurdistan von PKK-Kadern getötet.⁹ Die Rêkeftin ging daraufhin in den Untergrund. Mit Beginn der Revolution schloss sie sich dem Kurdischen Nationalrat (KNR) an. Nach ihrem Ausschluss 2014 näherte sie sich wieder der PYD an und trat schließlich dem Syrischen Demokratischen Rat (SDR) bei. Dass es keine weiteren Spaltungen von der PYD gab, liegt zum einen daran, dass die PKK keine Skrupel hat, Abweichler:innen umzubringen. Zum anderen gilt spätestens seit Etablierung der Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens, dass, wer immer die PYD verlässt, massiv an Einfluss verliert.

Strategische Bündnisse

Komplementär zu den diversen Spaltungen kam es ab 2011 zur Bildung verschiedener Parteienbündnisse: Der erste wichtige Zusammenschluss, der nach Beginn der Revolution zustande kam,¹⁰ war der Kurdische Nationalrat, gegründet im Oktober 2011. Ziel der Gründung war es, von der Popularität, den die verschiedenen Jugendgruppen durch ihre Teilnahme an regimiekritischen Demonstrationen gewonnen hatten, zu profitieren, die kurdischen politischen Parteien programmatisch zu vereinigen sowie kurdische Forderungen effektiver zu vertreten. Keines dieser Ziele wurde wirklich erreicht: So gelang es zwar, die Jugendgruppen einzubinden – gleichzeitig verloren diese rapide an Bedeutung. Die Entwicklung belastbarer gemeinsamer Positionen wiederum stand nie im Fokus der Debatten innerhalb des KNR. Allein zu Beginn der syrischen Revolution wurde darüber debattiert, ob der Aufstand unterstützt werden solle oder nicht. Abgesehen von der Kurdischen Zukunftsbewegung votierten lediglich die Kurdische Einheitspartei in Syrien (Partiya Yekîti ya Kurdî li Sûriyê) sowie die damals noch nicht gespaltene Kurdische Freiheitspartei in Syrien (Partiya Azadî ya Kurdî li Sûriyê) für diese Option. Es waren diese beiden Parteien sowie die Kurdische Zukunftsbewegung, die dem bereits im August 2011 gegründeten Syrischen Nationalrat beitraten. Mit der Gründung des Kurdischen Nationalrats einige Monate später verfügte dieser, dass keine Partei des KNR gleichzeitig Mitglied eines

8 Irakisch-Kurdistan stellt hier eine gute Vergleichsmöglichkeit dar: Vor den ersten Wahlen 1992 gab es in der Region ähnlich viele Parteien wie in Syrisch-Kurdistan. Das Wahlergebnis aber zeigte, dass drei Parteien – die Kurdische Demokratische Partei Irak (KDP-I), die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Islamische Bewegung – über 94 Prozent aller Stimmen auf sich vereinen konnten. Alle anderen Parteien – mit Ausnahme der Sozialistischen Partei Kurdistans, die 2,6 Prozent der Stimmen erringen konnte, lagen unter einem Prozent. Einige von ihnen schlossen sich den großen Parteien an, andere verschwanden.

9 Siehe Ghadir Nasri & Arman Salimi, »The Syrian Kurds: Minority – Majority Relationship«, *Iranian Review of Foreign Affairs*, Vol. 5, Nr. 2, Sommer 2014, S. 135–163: 148, einzusehen unter <file:///C:/Users/User5/Downloads/1035820141806.pdf>.

10 Auch zuvor gab es bereits den Versuch verschiedener Parteien, sich zusammenzuschließen, siehe KurdWatch, Dezember 2011, S. 20–22.

syrischen Oppositionsbündnisses sein dürfe. Dementsprechend verließen die Azadî und die Yekîtî den Verbund, nur die Zukunftsbewegung blieb. Im August 2012 warnte US-Präsident Barack Obama, dass der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien sowie die Vorbereitungen dazu das Überschreiten einer »roten Linie« bedeuten würde. Da das syrische Regime zu diesem Zeitpunkt bereits Giftgas eingesetzt hatte, vermutete nicht nur der Kurdische Nationalrat, dass die US-Amerikaner militärisch in den Krieg eingreifen würden und dass in Folge die Opposition die Macht in Syrien übernehmen könnte. Vor diesem Hintergrund trat der KNR der im November 2012 in Doha gegründeten Nationalen Koalition der Syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte (Etilaf) bei. Seither ist der KNR ein Teil dieser Gruppierung – auch, wenn es immer wieder schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Implementierung von Minderheitenrechten innerhalb der Gruppe gibt.

Was die effektive Vertretung kurdischer Positionen anbelangt, so ist es dem KNR gelungen, in der Syrischen Verhandlungskommission (Syrian Negotiations Commission, SNC) als eigenständige Gruppe vertreten zu sein. Dies ist insofern bemerkenswert, als der KNR wie erwähnt Mitglied von Etilaf ist und daher streng genommen über deren Kontingent im SNC vertreten werden müsste. Hinzu kommt, dass der KNR seit 2018 über zwei Mitglieder im Syrischen Verfassungskomitee (Syrian Constitutional Committee, SCC) verfügt, einer davon sitzt im *Small Body*. Auch dies hat dem KNR eine gewissen Sichtbarkeit verliehen. Gleichzeitig hat der frühere UN-Sondergesandte für Syrien, Staffan de Mistura 2016 mehrfach gefordert, dass »die Kurd:innen« in Genf vertreten sein müssten – ein deutlicher Hinweis darauf, dass er vor allem die PYD als Repräsentantin der syrischkurdischen Bevölkerung verstand.¹¹

Dies hängt damit zusammen, dass die PYD mit Beginn der Revolution maßgeblich an Einfluss gewann: Zwischen 2012 und 2013 überließ die syrische Regierung der PYD und ihrer Miliz, den Volksverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel, YPG), die Kontrolle über große Teile der überwiegend kurdisch besiedelten Gebiete Syriens.¹² Als Gegenleistung ging die PYD vor allem im ersten Jahr der Revolution gegen die Koordinierungsgruppen vor, die sich für die Revolution engagierten. Später ging es der PYD zunehmend um die Konsolidierung der eigenen Macht.¹³ Dies bedeutete auch – und bedeutet bis heute – den Parteien des Kurdischen Nationalrats kaum politischen Spielraum zuzubilligen. Die Schließung und Niederbrennung von Parteibüros, die regelmäßige Verhaftung von Mitgliedern des KNR sowie die Zwangsrekrutierung junger Kurd:innen sind immer wieder an der Tagesordnung und haben zur Flucht insbesondere junger Menschen aus den Regionen unter PYD-Herrschaft geführt.¹⁴ Die Einführung eines schulischen Curriculums, das die Ideologie der PKK verbreitet und die Tatsache, dass diese Abschlüsse weder von der syrischen Regierung noch im Ausland anerkannt werden, hat zusätzlich viele kurdische Familien zur Flucht gezwungen, da sie keine berufliche Zukunft für ihre Kinder sehen. Das neue Curriculum ist dabei explizit nur für Kurd:innen in den überwiegend kurdischen Gebieten der Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens verpflichtend.¹⁵

11 Vgl. AFP, 12. März 2016, »Kurds must be able to give views on Syria's future: UN envoy«, einzusehen unter <https://www.dailymail.co.uk/wires/afp/article-3489206/Kurds-able-views-Syrias-future-UN-envoy.html>.

12 Aktuell, d.h. im September 2023, kontrollieren und verwalten die PYD respektive die von ihren Volksverteidigungseinheiten (YPG) dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte (Syrian Democratic Forces, SDF) den Nordosten Syriens bis Deir ez-Zor, die überwiegend arabische Region Ar-Raqqa sowie das kurdischen Kobanî ('Ain al'Arab). Die, jedenfalls vor der syrischen Revolution, ebenfalls überwiegend kurdischen Gebiete um Sêrê Kaniye (Ras al-'Ayn) und die Region 'Afrin werden hingegen von der Türkei kontrolliert. Vgl. hierzu <https://mapsonthefweb.zoom-maps.com/post/690916739506208768/current-situation-in-syria>.

13 Vgl. KurdWatch, September 2013: S. 16.

14 Zu den Menschenrechtsverletzungen der PYD bis 2016 siehe <https://web.archive.org/web/20170715034120/http://www.kurdwatch.org/?cid=1&z=de>. Siehe auch Human Rights Watch 2014, »Under Kurdish Rule: Abuses in PYD-Run Enclaves of Syria«, einzusehen unter <https://www.hrw.org/report/2014/06/19/under-kurdish-rule/abuses-pyd-run-enclaves-syria>.

15 Zum Schulcurriculum siehe Mehmet Emin Cengiz, 19. April 2021, »Decoding the Intra-Kurdish Dialogue in Syria«, Al Sharq Strategic Research, einzusehen unter <https://research.sharqforum.org/2021/04/19/intra-kurdish-dialogue-in-syria/>.

Die politische Vermittlung zwischen PYD und KNR ist seit Erstarren des letzteren zu einem wesentlichen Thema geworden. Zu den ersten Vermittlern gehörte der damalige irakischkurdische Präsident und Vorsitzende der KDP, Masud Barzani. Bereits im Sommer 2012 hatte Barzani den Kurdischen Nationalrat sowie den Volksrat von Westkurdistan (Encûmena Gel ya Rojavayê Kurdistanê), ein PKK-Gremium mit PYD-Beteiligung, mehrfach nach Erbil eingeladen. Schließlich wurde das sogenannte Erbil I-Übereinkommen geschlossen und im Juli 2012 das Hohe Kurdische Gremium (Desteya Bilind a Kurd) gebildet. In diesem Gremium waren beide Seiten zu je fünfzig Prozent vertreten, mit seiner Hilfe sollten die kurdischen Gebiete Syriens verwaltet werden. Die konkrete Arbeit stellte sich jedoch schnell als schwierig heraus. Nachdem Barzani im November 2012 erfolglos versuchte, Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, lud er die Spitzen der Parteien des Kurdischen Nationalrats sowie Vertreter der PYD im April/Mai 2013 erneut nach Erbil ein. Vertreter der PYD blieben dem Treffen jedoch mit der Begründung fern, die PYD sei »nicht Teil des Problems«. Die Gründung des Hohen Kurdischen Gremiums führte nicht dazu, dass die Parteien des Kurdischen Nationalrats an Einfluss hätten gewinnen können.¹⁶

Im Dezember 2013 gelang es Masud Barzani, ein zweites Treffen in Erbil einzuberufen und das Erbil II-Übereinkommen zu initiieren. Dies geschah vor dem Hintergrund der Genf II-Gespräche. Es ging darum, eine gemeinsame kurdische Position zu entwickeln und in den Friedensgesprächen zu präsentieren. Die Parteien einigten sich auf verschiedene Punkte, nicht jedoch darauf, wie die kurdischen Regionen gemeinsam zu verwalten seien. Gleichzeitig weitete die PYD ihre Kontrolle über die kurdischen Gebiete weiter aus, und erklärte nur einen Monat nach Abschluss des Erbil II-Übereinkommens die Etablierung der Autonomen Verwaltung West-Kurdistan (später Nord- und Ost-Syrien). Der Kurdische Nationalrat protestierte gegen den Schritt und verwies darauf, dass die Autonome Verwaltung den KNR nicht repräsentiere und nicht legitim sei.¹⁷

Im Oktober 2014 nahm der Islamische Staat (IS) weite Gebiete Syriens ein, darunter auch die in den kurdischen Gebieten liegende Stadt Kobanî. Die USA beschlossen, die YPG militärisch zu unterstützen, gleichzeitig war man auf die Unterstützung der irakisch-kurdischen Regionalregierung unter Barzani angewiesen.¹⁸ Vor diesem Hintergrund kam es vom 14. bis 22. Oktober 2014 in Duhok zu einem weiteren Treffen zwischen Vertretern des Kurdischen Nationalrats und der von der PYD und weiteren PKK-nahen Parteien 2011 gegründeten Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEVDEM). In einer am 22. Oktober 2014 veröffentlichten Presseerklärung wurde die Gründung einer »Kurdischen Entscheidungsinstanz« bekannt gegeben, die eine gemeinsame Strategie und eine einheitliche kurdische politische Position erarbeiten sollte. Anders als im »Hohen Kurdischen Gremium« sollten in der »Kurdischen Entscheidungsinstanz« nicht nur der Kurdische Nationalrat und TEV-DEM vertreten sein, sondern zudem 20 Prozent unabhängige Parteien. Wer diese Parteien sein sollten, war umstritten.¹⁹

Am 16. Dezember 2014 fand die erste Sitzung der Kurdischen Entscheidungsinstanz statt. Es nahmen zwölf am 7. Dezember bestimmte Vertreter des Kurdischen Nationalrats sowie zwölf Vertreter von TEVDEM teil. Während der Sitzung wurden sechs weitere Mitglieder

16 Vgl. KurdWatch September 2013: S. 21.

17 Vgl. Suhail al-Ghazi, 14. Mai 2021, »Kurdish-Kurdish Negotiations in Syria«, einzusehen unter <https://timep.org/2021/05/14/kurdish-kurdish-negotiations-in-syria/>.

18 Vgl. KurdWatch, 3. November 2014, »'Ain al'Arab: Islamischer Staat weiterhin überlegen«, einzusehen unter <https://web.archive.org/web/20160709092127/http://www.kurdwatch.org/?aid=3285&z=de>, sowie KurdWatch, 12. November 2014, »'Ain al'Arab: Peshmerga und FSA eingetroffen«, einzusehen unter <https://web.archive.org/web/20160709092005/http://www.kurdwatch.org/?aid=3297&z=de>.

19 Vgl. KurdWatch, 7. November 2014, »Duhok: Kurdischer Nationalrat und TEVDEM bilden neues Gremium«, einzusehen unter <https://web.archive.org/web/20180121114350/http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=3290&z=de&cure=1018>.

gewählt. Fünf von ihnen standen der Partei der Demokratischen Union (PYD) nahe, einer war Mitglied der Kurdischen Demokratischen Einheitspartei in Syrien (Demokratische Yekîti). Da die PYD-Kandidaten Stimmen des Kurdischen Nationalrats erhalten haben mussten, setzte der KNR einen Untersuchungsausschuss ein, um den Sachverhalt aufzuklären. Der Ausschuss teilte dem Kurdischen Nationalrat am 24. Dezember mit, dass die verlorenen Stimmen aus drei KNR-Parteien stammen: der Kurdischen Demokratischen Einheitspartei in Syrien (Demokratische Yekîti), der Kurdischen Demokratischen Partei in Syrien (elPartî) von Nasruddin Ibrahim sowie der Syrischkurdischen Demokratischen Versöhnung (Rêkeftin), einer Abspaltung der PYD. Der Kurdische Nationalrat schloss daraufhin diese Parteien aus und entzog ihnen ihre Sitze in der Kurdischen Entscheidungsinstanz. Es wurden drei neue Mitglieder für die Kurdische Entscheidungsinstanz benannt, die als parteiunabhängig gelten. Aldar Khalil, der Pressesprecher der PYD, vertrat daraufhin die Position, der Kurdische Nationalrat habe aufgrund des Ausschlusses von drei Parteien nur noch Anspruch auf eine geringere Anzahl von Sitzen in der Kurdischen Entscheidungsinstanz. Darüber hinaus sei es nicht möglich, die Mitglieder der Entscheidungsinstanz auszutauschen.²⁰

Zum endgültigen Scheitern der Vereinbarungen von Dohuk kam es im Februar 2015, als die Autonome Verwaltung Regionalwahlen in Teilen der von ihnen kontrollierten Gebiete organisierte, ohne den KNR einzubeziehen.²¹

Kurz vor Beginn der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Genf im Februar 2016 (Genf III) gründete die PYD im Dezember 2015 den Syrischen Demokratischen Rat (SDR) als alternatives Parteienbündnis zum KNR. Der Rat versteht sich als Dachorganisation der Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens und als politischer Arm der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF). Eigenen Angaben zufolge steht er allen politischen Organisationen und Persönlichkeiten offen, um ihre Verantwortung für die Rettung Syriens, einen umfassenden demokratischen Wandel, die Gleichstellung der Geschlechter, Gerechtigkeit und den Aufbau eines Regimes, das Ausdruck eines nationalen Projekts ist, wahrzunehmen.²² Bei den Mitgliedsparteien des Rates handelt es sich überwiegend um kurdische, aber auch um arabische, assyrische und yezidische Parteien. Darüber hinaus sind auch Organisationen wie TEV-DEM und die Autonome Selbstverwaltung als Mitglieder aufgeführt. Zahlreiche Parteien wurden nach 2011 gegründet – derartige Neugründungen sind, neben Parteispaltungen, der zweite Grund für das schnelle Anwachsen der Zahl syrischkurdischer Parteien seit Beginn der Revolution. Die Absicht der PYD, mit dem SDR ein Gremium zu schaffen, das sowohl von der Türkei als auch von der arabischen Opposition als geeigneter Gesprächspartner in Genf betrachtet werden würde, ging jedoch nicht auf.

Im März 2019, mit dem militärischen Sieg der Syrischen Demokratischen Kräfte über den Islamischen Staat (IS) im Nordosten Syriens, versuchte die PYD, auch diplomatisch an Boden zu gewinnen und die offizielle Anerkennung ihrer Verwaltung zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ließ sie sich auf die von Frankreich initiierten und von den USA fortgeführten kurdisch-kurdischen Gespräche ein. Im Mai 2019 präsentierte die PYD zu diesem Zweck eine neue Koalition, die sogenannten Parteien der patriotischen Einheit der Kurden (Partiyên Yekîtiya Nîştimanî Kurdistan, PYNK). Bei ihnen handelt es sich um insgesamt 25 Parteien,²³ alle

20 Vgl. KurdWatch, 28. Dezember 2014, »Al-Qamischli: Kurdischer Nationalrat zerbricht«, einzusehen unter <https://web.archive.org/web/20160709091536/http://www.kurdwatch.org/?aid=3329&z=de>. Es liegt nahe, dass Aldar Khalil die Gespräche bewusst scheitern ließ, da er den Kurdischen Nationalrat bzw. die die KDP-Irak nach dem Sieg über den Islamischen Staat in Kobani nicht mehr benötigte.

21 Vgl. Suhail al-Ghazi, 14. Mai 2021, »Kurdish-Kurdish Negotiations in Syria«, einzusehen unter <https://timep.org/2021/05/14/kurdish-kurdish-negotiations-in-syria/>.

22 Vgl. »Who are we«, einzusehen unter https://m-syria-d.com/en/?page_id=4254.

23 Vgl. ASO, Center for Consultancy and Strategic Studies, June 2020, »The Emergence and Development of the Kurdish Political Movement in Syria«, einzusehen unter <https://www.asocenter.org/files/The%20Emergence%20and%20Development%20of%20the%20Kurdish%20Political%20Movement%20in%20Syria%20Edited%20report.pdf>.

kurdischen Parteien des SDR sind auch im Verbund der PYNK vertreten. Insgesamt fanden zwei mehrteilige Gesprächsrunden zwischen KNR und PYNK statt, die im Juni 2020 zur Gründung der sog. »Supreme Kurdish Reference« führten. Als Basis für zukünftige Verhandlungen sollte die Vereinbarung von Duhok gelten. Wesentliches Thema sollte die Integration des KNR in die Autonome Verwaltung Nord- und Ost Syriens sein. Bis heute steht die dritte Runde der Gespräche jedoch aus – u.a., weil es innerhalb des SDF/der PYD/der PKK keine einheitliche Position gegenüber den Gesprächen gibt.²⁴ Ob und wann es ggf. zu weiteren Gesprächen kommt, ist aktuell völlig offen.

Teil 2: Positionen

Wie im ersten Teil dieses Aufsatzes dargelegt, gibt es aktuell in Syrien zwei große Blöcke, in denen die verschiedenen syrischkurdischen Parteien zusammengeschlossen sind: den Kurdischen Nationalrat (KNR) und den Syrischen Demokratischen Rat (SDR). Was aber bedeutet die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Blöcken konkret, d.h. auf der programmatischen Ebene? Unterscheiden sich die politischen Ziele der verschiedenen Parteien abhängig davon, welchem der genannten Blöcke sie angehören?

Die Dominanz des Ethnischen

Im Rahmen der von uns durchgeführten Studie haben wir insgesamt 43 syrischkurdische Parteien angeschrieben, von denen 28 geantwortet haben. 14 von Ihnen gehören dem KNR an, 11 dem SDR und 4 sind unabhängig. Nicht geantwortet haben die beiden wichtigsten syrischkurdischen Parteien, d.h. die PDK-S sowie die PYD. Was als wesentlicher Mangel erschienen mag, ist faktisch unproblematisch: Programmatisch unterscheidet sich die PDK-S nicht von den anderen Parteien des Kurdischen Nationalrats, die sich an unserer Umfrage beteiligt haben, vielmehr bestimmt ihre Programmatik diejenige der anderen KNR-Parteien. Darüber hinaus liegen sowohl über die PDK-S als auch über die PYD genug öffentlich zugängliche Informationen vor, als dass zu ihren Positionen auch ohne ihre Teilnahme an der Umfrage valide Aussagen getroffen werden können.

Zunächst soll es hier um die Frage gehen, welche Angaben die teilnehmenden 28 Parteien zu ihren politischen Zielen gemacht haben. Als wichtigste Ziele wurden die Anerkennung der Rechte der Kurd:innen (23 Nennungen, davon 14 KNR-Parteien, 8 SDR-Parteien, eine unabhängige Partei) sowie Demokratie (22 Nennungen, davon 10 KNR-Parteien, 9 SDR-Parteien und 3 unabhängige Parteien) genannt. Es folgte die Anerkennung der Kurd:innen in der syrischen Verfassung (16 Nennungen, davon 6 KNR-Parteien, 9 SDR-Parteien und eine unabhängige Partei), Pluralismus (12 Nennungen, davon 4 KNR-Parteien, 7 SDR-Parteien und eine unabhängige Partei) und Föderalismus (11 Nennungen, davon 7 KNR-Parteien, eine SDR-Partei und 3 unabhängige Parteien). Im Anschluss genannt wurden soziale Gerechtigkeit (7 Nennungen, davon 3 KNR-Parteien, 3 SDR-Parteien und eine unabhängige Partei), Dezentralisierung (7 Nennungen, davon keine KNR-Partei, 6 SDR-Parteien und eine unabhängige Partei), Selbstbestimmung der Kurd:innen (5 Nennungen, davon eine KNR-Partei, zwei SDR-Parteien und zwei unabhängige Parteien), Rechtsstaatlichkeit (5 Nennungen, davon 2 KNR-Parteien, eine SDR-Partei und zwei unabhängige Parteien), kulturelle Rechte (4 Nennungen, eine KNR-Partei und 3 SDR-Parteien), Frauenrechte (5 Nennungen, davon keine KNR-Partei, 4 SDR-Parteien und eine unabhängige Partei), Sprachenrechte (4 Nennungen, davon 3 KNR-Parteien und eine SDR-Partei), Schutz der kurdischen Identität (4 Nennungen, davon 3 KNR-Parteien und eine SDR-Partei) sowie Säkularismus (3 Nennungen, davon zwei SDR-Parteien und eine unabhängige Partei). Umweltschutz

²⁴ Vgl. hierzu sowie zu den diversen Gründen für das Scheitern der Gespräche Mehmet Emin Cengiz, 19. April 2021, »Decoding the Intra-Kurdish Dialogue in Syria«, Al Sharq Strategic Research, S. 4 und S. 8–12, einzusehen unter <https://research.sharqforum.org/2021/04/19/intra-kurdish-dialogue-in-syria/>.

taucht nur einmal als Parteiziel einer Partei des SDR auf, ökonomische Ziele werden gar nicht formuliert.

Ganz offensichtlich ist der Fokus der überwiegenden Mehrheit der syrischkurdischen Parteien ein ethnischer, d. h. ein auf die spezifischen Rechte der kurdischen Bevölkerung bezogener. In diesem Bereich wurden insgesamt sechs unterschiedliche Ziele formuliert, von der Anerkennung der Kurd:innen bis zu Sprachenrechten. Dabei stellen Sprachenrechte oder kulturelle Rechte in der Regel eine Konkretisierung anderer ethnischer Forderungen dar. Hier unterscheiden sich die Parteien, die dem KNR respektive dem SDR angehören nicht, auch die unabhängigen Parteien spielen keine Sonderrolle. Die jahrzehntelange Missachtung der Rechte der Kurd:innen in Syrien hat dazu geführt, dass die Forderung nach ethnischen Rechten die wichtigste innerhalb des kurdischen Parteienspektrums ist. Hiermit zusammen hängt auch, dass wirtschafts- oder sozialpolitischen Vorstellungen keine Rolle bei den befragten syrischkurdischen Parteien spielen – sieht man einmal von der pauschalen Erwähnung sozialer Gerechtigkeit ab. Auch der Bereich der Ökologie – global betrachtet die vermutlich größte Herausforderung unserer Zeit – findet wie bereits erwähnt lediglich einmal Erwähnung. Diesen Mangel an Programmatik als individuelle Schwäche zu beurteilen greift dabei zu kurz. Vielmehr ist davon auszugehen, dass eine Abwendung von ethnischen hin zu allgemeineren Themen erst dann stattfinden kann, wenn die grundlegenden Menschen- und vor allem Minderheitenrechte der kurdischen Bevölkerung, d.h. der Klientel der Parteien, gewährleistet sind. Erst dann besteht der notwendige Spielraum, sich anderen Themen zuzuwenden und Sachkoalitionen jenseits von Ethnizität zu schließen.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Anerkennung ethnischer Rechte in der Verfassung macht dabei deutlich, dass der kurdischen politischen Elite bewusst ist, dass ein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht weniger leicht entzogen werden kann, als ein auf einem einfachen Gesetz beruhendes Recht – nämlich ausschließlich durch eine Verfassungsänderung, für die eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist.

In der Satzung der PYD heißt es zur kurdischen Frage:

»Thus, the PYD works towards finding a democratic and just solution to the Kurdish issue in Syria and Rojava within a democratic Syrian constitutional framework.«

Auch die PYD setzt somit auf die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Verfassungsgebung. Einschränkend ist allerdings zu erwähnen, dass einige Parteivorsitzende kurdischer Parteien im SDR im Gespräch kritisierten, dass die PYD nicht wirklich daran interessiert sei, Politik für die kurdische Bevölkerung zu machen. Dies werde bereits an ihrem Namen deutlich, in dem der Begriff »kurdisch« nicht auftauche. Sie spreche nie vom Selbstbestimmungsrecht der Kurd:innen, sondern behandle diese als eine von vielen Ethnien in der Region. Ironischer Weise hat die einzige identitätspolitische Entscheidung, welche die PYD getroffen habe – die Einführung des Kurdischen als Unterrichtssprache in den Schulen der Region Dschazira – zur Flucht zahlreicher kurdische Familien geführt, da die Abschlüsse nicht anerkannt sind. Die Arabisierung der ehemals überwiegend kurdischen Region wurde so weiter vorangetrieben.

An dieser Stelle ist somit festzuhalten, dass sich der ethnische Fokus syrischkurdischer Parteien, verglichen mit unserer Erhebung im Jahr 2011, nicht verändert hat. Damals waren die Kernforderungen der befragten Parteien des KNR die verfassungsrechtliche Anerkennung des kurdischen Volkes als zweite Nation innerhalb Syriens sowie die Anerkennung, dass das kurdische Volk in Syrien auf seinem historischen Territorium lebt. Hinzu kam die Forderung nach kulturellen Rechten, Sprachenrechte inklusive.²⁵

25 Vgl. KurdWatch Dezember 2011: S.17.

Dezentralisierung, Föderalismus und der »freie Mensch«

Kontinuität weisen die Angaben der Parteien auch insoweit auf, als 2011 wie heute kein unabhängiger kurdischer Staat bzw. kein Anschluss, etwa an das irakischkurdische Territorium, gefordert wird. Keine der Parteien – und hier unterscheidet sich die kurdische Bewegung in Syrien von den kurdischen Parteien im Irak, Iran und in der Türkei – will die Rechte der kurdischen Bevölkerung mit Waffengewalt einfordern oder hat dies je propagiert.²⁶ Dies gilt auch für die PYD, obgleich diese über bewaffnete Einheiten verfügt.

Neu hingegen ist die Erwähnung von Föderalismus und Dezentralisierung als gewünschter Staatsformen. 2011 erwähnten die meisten Parteien allein das Konzept der »Selbstverwaltung« als erstrebenswertes Ziel, die Begriffe Dezentralisierung oder Föderalismus fielen nicht. Hier werden der Einfluss der Genfer Gespräche und bzw. die Diskussionen im Syrischen Verfassungskomitee (SCC) deutlich. Regelmäßig ging es hier um die Frage, ob Syrien ein dezentraler Staat werden soll und wenn ja, was unter Dezentralisierung zu verstehen ist.²⁷ Interessant ist, dass das Konzept Föderalismus überwiegend von KNR-Parteien und unabhängigen Parteien genannt wird (nur eine der SDR-Parteien nennt den Begriff), während Parteien, die dem SDR angehören, überwiegend von Dezentralisierung sprechen, nicht jedoch Parteien des KNR. Inwieweit hinter diesen verschiedenen Begrifflichkeiten unterschiedliche Konzepte stehen, lässt sich schwer sagen – hierfür würde es weiterer Untersuchungen bedürfen. In der Satzung des SDR aus dem Jahr 2015 selbst werden Dezentralisierung und Föderalismus synonym verwendet, gleichzeitig wird betont, dass auch weiterhin Elemente von Zentralisierung notwendig sind:

»As the Syrian crisis is a structural crisis based on one nation-state, tyranny, and exclusion, the solution in Syria must be directed towards decentralization, partnership and true democracy to enable all components, regardless of their views and affiliations, to achieve their aspirations in the common homeland, which must include all without exclusion or monopolization or domination. [...]

On the other hand, the insistence on a decentralized federal Syria does not mean abolishing the centralization entirely. Rather, the centralization will shift from being a tool of control to a mean of co-ordination and unification of all the regions that constitute the whole of the country, while maintaining of management specific functions that are generally strategic.«²⁸

26 Die Gründe dafür, dass es in Syrien nie einen bewaffneten Kampf für die Rechte der Kurd:innen gegeben hat, sind vielfältig. Zunächst sind die geografischen wie demografischen Bedingungen in Syrien wenig geeignet, den bewaffneten Kampf und die Forderung nach einem unabhängigen Staat zu unterstützen. Der Anteil der Kurden an der Bevölkerung ist mit etwa zwei von rund zwanzig Millionen im Verhältnis geringer als im Irak und vor allem in der Türkei. Zudem siedeln die Kurd:innen in drei voneinander geografisch getrennten Hauptsiedlungsgebieten – der Dschazira, 'Afrin und 'Ain al'Arab (Kobani) – was klassischen Konzepten von Eigenstaatlichkeit zuwider läuft. Darüber hinaus finden sich zumindest im bevölkerungsreichsten kurdischen Siedlungsgebiet, der Dschazira, keine bergigen Regionen, die sich als Rückzugsgebiete für bewaffnete Kämpfer eignen würden. Zwar wäre grundsätzlich auch der Aufbau einer »Stadtguerilla« möglich, hierfür gibt es jedoch im kurdischen Kontext kaum Vorbilder. Gleichzeitig haben syrische Kurd:innen jahrzehntelang am bewaffneten Kampf für die Befreiung der Kurden in der Türkei und im Irak teilgenommen. Bereits zur Zeit des französischen Mandats hat die Organisation Khoybun den Kampf am Ararat propagandistisch wie militärisch unterstützt. Später haben syrische Kurd:innen sowohl in der irakischkurdischen Befreiungsbewegung, für KDP und PUK, gekämpft als auch in der PKK. Präsident Hafiz alAssad ließ die kurdischen Parteien aus den Nachbarländern Irak und Türkei relativ frei in Syrien agieren. Die PKK unterhielt bis zur Festnahme Öcalans 1998 im damals noch syrisch kontrollierten Libanon Ausbildungslager für ihre Guerillatruppe, KDP und PUK verfügten bis zu Beginn der Revolution über Parteibüros in Damaskus. Assad sicherte sich auf diese Weise nicht allein Druckmittel in den Verhandlungen mit den Nachbarstaaten, sondern es gelang ihm auch, das Engagement syrischer Kurd:innen in Richtung Irak und Türkei zu kanalisieren und von der syrischen Kurd:innenfrage abzulenken. Diese Strategie war auch deshalb erfolgreich, weil KDP, PUK und PKK im Kampf gegen die jeweiligen Regierungen trotz zahlreicher Niederlagen auch immer wieder Siege errangen. Wenn Öcalan sich der Position der syrischen Regierung anschloss und erklärte, dass es keine kurdische Frage in Syrien gebe, sondern es sich bei den syrischen Kurd:innen eigentlich um Flüchtlinge aus der Türkei handele, trug dies ebenfalls dazu bei, die Anhängerschaft syrischkurdischer Parteien zu minimieren und deren radikalere Protagonisten in die eigene bewaffnete Bewegung einzubinden. Dies hat die kurdische Bewegung in Syrien geschwächt und mit verhindert, dass sich – auch jenseits des bewaffneten Kampfes – eine effektive Opposition entwickeln konnte. Vgl. KurdWatch, Dezember 2011, S. 16–17.

27 Bereits 2016 hat der der Kurdische Nationalrat ein – freilich nie offiziell verabschiedetes – Modell für eine föderale kurdische Region erarbeitet. Vgl. https://power-sharing-syria.ezks.org/wp-content/uploads/2022/02/2-Workshop-Paper_02_Erbil_2016_DE.pdf.

28 Vgl. Meclîsa Sûriya Demokrat, »Who are we«, einzusehen unter https://m-syria-d.com/en/?page_id=4254.

Der hier skizzierten Form von Föderalismus scheint das theoretische Missverständnis zugrunde zu liegen, dass Föderalismus Kompetenzen ausschließlich dezentralisieren will – dabei beinhaltet Föderalismus vielmehr beides: eigene Kompetenzen der Regionen/Provinzen und gemeinsame Kompetenzen mit der Zentrale. Kooperation ist ein wesentliches Element föderaler Konzepte.

Die PYD, als stärkste Partei des Verbundes, beschreibt in ihrer Satzung, dass die demokratische Selbstverwaltung in »Rojava« weiterentwickelt werden soll, da es sich bei ihr um die erfolgreichste Lösung aller sozio-politischen Angelegenheiten handele. Dieses System müsse auf alle Teile Syriens ausgeweitet werden, um ein demokratisches, pluralistisches und dezentrales Syrien zu schaffen.²⁹ Darüber hinaus unterstützt die PYD laut Satzung ein konföderales Modell mit anderen Teilen Kurdistans bzw. im Verhältnis zu anderen Staaten des Nahen Ostens.³⁰ Die Co-Vorsitzende der PYD, Ilham Ehmed, erklärte im Februar 2016, dass derzeit die Errichtung eines föderalen Syriens diskutiert werde, das aus drei Regionen bestehen solle: Nordsyrien, Südsyrien und Zentralsyrien. Alle diese föderalen Regionen würden ihre eigenen Identitäten und ihre ethnische Diversität behalten. Zudem würden alle Regionen ihre eigenen föderalen Parlamente erhalten. Dies sei sowohl der Wunsch des syrischen Volkes, als auch internationaler Mächte wie der USA und Russland.³¹ Salih Muslim Muhammad hingegen, der zweite Co-Vorsitzende der PYD, fordert in einem Interview 2011 »demokratische Eigenständigkeit«, ein Konzept, das er im Gegensatz zu Föderalismus und Konföderalismus definiert: »Wir als kurdische Freiheitsbewegung lehnen das klassische Verständnis von Macht ab. Wir lehnen klassische Modelle wie Föderalismus, Konföderalismus, Selbstregierung, Autonomie ab. Unser Ziel ist die Schaffung einer neuen kurdischen Gesellschaft, die Schaffung des freien Menschen, eines Menschen mit freiem Willen und freiem Denken.«³² Muhammad formuliert hier die Ideologie Abdullah Öcalans, den die PYD in ihrer Satzung als »Inspiration« bezeichnet. Wesentlicher Bestandteil dieser Ideologie ist ein basisdemokratisches Gesellschaftskonzept, das gegen den Staat aufgebaut werden soll und sich angeblich in der Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien materialisiert hat.³³

Letztlich lässt sich aus den vorliegenden Programmen der PYD bzw. des SDR sowie den Ideen Öcalans kein stringentes Konzept bezüglich der anvisierten Dezentralisierung extrahieren. Sicher ist jedoch, dass die Strukturen der Selbstverwaltung, die nach dem Konzept Öcalans aufgebaut wurden, nicht anti-staatlich, sondern quasi-staatlich sind. Der Gesellschaftsvertrag entspricht der bürgerlichen Verfassung, der Gesetzgebende Rat, der Exekutiv- und der Justizrat spiegeln die klassische Gewaltenteilung wider und die verschiedenen Komitees der Selbstverwaltung sind vergleichbar mit Ministerien. Zudem erhebt die Verwaltung Steuern und Gebühren und organisiert, was die einen Wehrpflicht und die anderen Zwangsrekrutierung nennen – beides klassische staatliche Aufgaben.

Demokratie zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Erhalten hat sich unserer Umfrage zufolge auch die Bedeutung, die 2011 und heute Demokratie als politischem Ziel zugebilligt wird.³⁴ Demokratie hat die zweithöchsten Zustimmungs-

29 »B. Develop the Democratic Self-administration system, which currently exists in Rojava, and is considered the most successful solution to all socio-political issues. Furthermore, it should be disseminated to all parts of Syria to achieve a democratic, pluralist and decentralised Syria«, Partiya Yekîtiya Demokrat, Internal System, einzusehen unter <http://pydrojava.org/english/internal-system/>.

30 »D. Support the democratic liberation struggle in all parts of Kurdistan in order to achieve and consolidate Kurdish national unity based upon the principle of democratic communal confederalism without compromising political borders

E. Work towards a democratic confederate Middle Eastern union and to move forward towards building a political, moral and ecological community that takes women's freedom as its foundation«, Partiya Yekîtiya Demokrat, Internal System, einzusehen unter <http://pydrojava.org/english/internal-system/>.

31 Vgl. ANF News, 23. Februar 2023, »Ehmed: Three federal regions will be formed in Syria - PART II«.

32 Vgl. KurdWatch Dezember 2011: S. 18.

33 Siehe Christopher Wimmer 2023, »Land der Utopie? Alltag in Rojava«, Nautilus Flugschrift, S. 72.

34 Vgl. KurdWatch Dezember 2011: S.19.

werte erhalten, hier unterscheiden sich die Parteien beider Blöcke sowie die unabhängigen Parteien nicht. Diese Wertschätzung demokratischer Strukturen steht allerdings, damals wie heute, in deutlichem Gegensatz zu den internen Strukturen syrischkurdischer Parteien. Wie oben bereits ausgeführt wurde, ist es diesen bislang nicht gelungen, interne Strukturen aufzubauen, mit Hilfe derer Konflikte – seien sie personeller oder inhaltlicher Art – geklärt werden könnten. Ist eine Person nicht mit dem Ergebnis eines Parteitages zufrieden, liegt es näher, sich mit einer eigenen Partei abzuspalten, als innerhalb der Partei für Zustimmung bei den nächsten Wahlen zu werben. Auch die freie Wahl der Kandidat:innen ist nicht selbstverständlich, wie das Beispiel der PDK-S zeigt:

Wie bereits weiter oben erwähnt fand im Sommer 2023 der Parteitag der PDK-S statt, neun Jahre nach dem letzten Parteitag 2014. Bei der Wahl zum Zentralkomitee, das laut Parteitagsbeschluss 27 Mitglieder haben sollte und dessen Aufgabe u.a. darin besteht, die Mitglieder des Politbüros und den Vorsitzenden der Partei zu wählen, wurden vor allem Personen gewählt, die zuvor keine Führungsämter innehatten. Die früheren Mitglieder des Politbüros erhielten besonders wenige Stimmen. Nicht gewählt wurden auch einige Personen, die die KDP Irak sich im Zentralkomitee gewünscht hatte. Daraufhin bestimmten Azad Berwari aus dem Büro Masud Barzanis sowie Hamit Darbandi, Verantwortlicher der Regionalregierung Kurdistan Irak für die syrischen Kurd:innen, dass das Zentralkomitee auf 30 Mitglieder erweitert wird und benannten diejenigen Kandidat:innen, die diese drei Sitze erhalten sollten. Die Zahl der Stimmen, die diese drei Personen erhalten hatten, spielte dabei keine Rolle. Zudem legten Berwari und Darbandi sechs von neun Mitgliedern des Politbüros sowie den Vorsitzenden fest. Auch hier spielt die Zahl der Stimmen, mit denen diese Personen in das Zentralkomitee gewählt worden waren, keine Rolle. Nur drei Politbüromitglieder wurden vom Zentralkomitee selbst gewählt.

Diese Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird gerne damit erklärt, dass es in einem repressiven Umfeld wie Syrien deutlich schwieriger ist, demokratische Strukturen zu entwickeln als in einem wenigstens pluralistischen Kontext. Unter dem Assad-Regime hatten syrischkurdische Parteien keinen legalen Status, d.h. sie waren keinerlei Gesetzen unterworfen. Vor diesem Hintergrund war die Versuchung groß, ohne verlässliches Regelwerk zu agieren, zumal Geheimhaltung und Intransparenz damit begründet werden konnten, dass Parteimitglieder und ihre Führung immer wieder politischen Repressionen ausgesetzt waren. Unter der Autonomen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien sieht die Lage für KNR-Parteien ähnlich aus, zumal wenn sie nicht offiziell registriert sind. Unabhängig von diesen ungünstigen Umständen verfügen die Parteien sehr wohl über die Möglichkeit, regelmäßig echte Wahlen durchzuführen und sich gemäß ihren Satzungen zu verhalten.

Auffällig ist zudem, dass, obgleich die Parteien angeben, einem westlichen Wertekodex (Demokratie, Dezentralisierung/Föderalismus, Pluralismus) verbunden zu sein, ein Prinzip, das gemeinhin als zentral für Demokratien gilt, nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die Rede ist von Frauenrechten respektive Geschlechtergerechtigkeit. Nur 5 der 28 Parteien geben Geschlechtergerechtigkeit als wesentliches Ziel ihrer Partei an, darunter keine Partei, die dem KNR angehört.

Dem entspricht die geringe Zahl weiblicher Führungspersonen innerhalb des syrischkurdischen Parteienspektrums: von 28 Parteien hatten nur 2 einen Frauenanteil von 53 bzw. 50 Prozent in ihrem höchsten Parteigremium, die erste gehört zum SDR, die zweite ist unabhängig. Weitere 5 Parteien hatten immerhin einen Frauenanteil über 25 Prozent, d.h. zwischen 31 und 40 Prozent weibliche Führungsmitglieder, eine von ihnen gehört dem KNR an, eine ist unabhängig und drei sind Mitglied im SDR. 11 weitere Parteien hatten einen Anteil, der unter

25 Prozent liegt, d.h. zwischen 13 und 23 Prozent, und 8 Parteien hatten keine einzige Frau in ihrem höchsten Führungsgremium – von diesen gehören 5 dem KNR an und 3 dem SDR. Zwei Parteien hatten keine Angaben zur Zahl der weiblichen Führungsmitglieder gemacht. Bei der PDK-S, die nicht an der Umfrage teilgenommen hat, ist eine von neun Personen im Politbüro weiblich – auch ihr Frauenanteil liegt damit nur knapp über 10 Prozent. Vor diesem Hintergrund ist nicht verwunderlich, dass von 28 Parteivorsitzenden nur 3 weiblich sind – dabei ist eine der drei Parteien unabhängig, eine gehört dem KNR an und eine dem SDR. Insgesamt weisen die unabhängigen Parteien und die Parteien, die im SDR verbunden sind, somit ein etwas besseres Ergebnis auf, wenn es um den Frauenanteil in ihrem Führungsgremium geht, als die KNR-Parteien. Allerdings ist die Mehrheit auch dieser Parteien weit von den offiziellen Zielen des SDR entfernt, der eine Frauenquote von 50 Prozent in allen gesellschaftlichen Bereichen vorsieht.³⁵ Einzige Ausnahme ist die PYD, die alle Führungspositionen mit einem Mann und einer Frau besetzt. Allerdings ist anzumerken, dass die Entscheidungsmacht auch innerhalb von PYD und PKK ganz überwiegend in männlicher Hand liegt. Dementsprechend sind vor allem Männer über PKK-Kreise hinaus bekannt: Zu nennen wären hier Cemil Bayik, Co-Vorsitzender des Exekutivrats der Koma Civakên Kurdistan (Union der Gemeinschaften Kurdistans, KCK) der Dachorganisation der PKK, Murat Karayilan (Oberkommandierender der Hêzên Parastina Gel, Volksverteidigungskräfte, d.h. des bewaffneten Arms der PKK), Duran Kalkan (Mitglied des Exekutivrats der KCK), Mustafa Karasu (Mitglied der KCK),³⁶ Salih Muslim (Co-Vorsitzender der PYD), Aldar Khalil (Mitglied des Exekutivkomitees von TEV-DEM) oder Mazlum Abdi (Oberkommandierender der SDF). Entsprechend bedeutende oder bekannte Frauen gibt es nicht.

Um die unzureichende Vertretung von Frauen in den Parteien zu verändern, haben einige Parteien Quoten eingeführt. So gibt etwa die Demokratische Grüne Partei (Partiya Kesk a Demokrat, KESK) an, dass ein Anteil von 40 Prozent Frauen in allen ihren Parteigremien verpflichtend sei. Die Freiheitsbewegung Kurdistans (Sepêla Azadî Kurdistanî) hat eine Bestimmung, dass die Hälfte der Vorstandsmitglieder weiblich sein müssen. Die Umsetzung von Frauenquoten führt allerdings immer wieder zu Problemen. Viele der weiblichen Mitglieder der Freiheitsbewegung nehmen in Folge der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit sowie patriarchaler Vorbehalte ihrer männlichen Verwandten gegenüber dem gemeinsamen politischen Engagement von Frauen und Männern häufig nicht an den Parteisitzungen teil. Dies hat zur Folge, dass die Quote von 50 Prozent von zahlreichen männlichen Vorstandsmitgliedern innerhalb der Partei massiv in Frage gestellt wird. Zudem sind Zweifel an der Ernsthaftigkeit vieler Parteien, den Frauenanteil signifikant zu erhöhen, berechtigt: So hatte beispielsweise die PDK-S bei ihrem Parteitag 2014 beschlossen, dass im Zentralkomitee der Partei drei von 52 Sitzen für Frauen reserviert sein sollen. Bei der Wahl gelang es vier Frauen, die notwendigen Stimmen zur Aufnahme in das Führungsgremium zu erreichen. Daraufhin wurde eine der vier Frauen durch einen Mann ersetzt, der mit weniger Stimmen als sie gewählt worden war. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass für Frauen nur drei Sitze reserviert worden seien.

Trotz der unzureichenden Repräsentation von Frauen in syrischkurdischen Parteien und des internen Widerstands gegen Quotierung ist den männlichen Entscheidungsträgern in vielen Parteien klar, dass die fehlende Geschlechtergerechtigkeit als rückschrittlich betrachtet werden kann und dem Ansehen der Partei jedenfalls im internationalen Kontext schadet. Nur so ist zu erklären, dass im Rahmen unserer Umfrage neunzehn Parteivorsitzende nach der Frage zum Frauenanteil in ihrem höchsten Parteigremium deren Repräsentanz im Zentralkomitee,

³⁵ Vgl. »Who are we«, einzusehen unter https://m-syria-d.com/en/?page_id=4254.

³⁶ Die KCK ist die neue Organisationsform der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die die Umsetzung des von Abdullah Öcalan am 20. März 2005 deklarierten »Demokratischen Konföderalismus« zum Ziel hat. Sie soll, wie weiter oben bereits ausgeführt, die Keimzelle einer nicht-staatlichen Gesellschaft bilden. Im Juni 2007 erfolgte die Umbenennung von ursprünglich *Koma Komalên Kurdistan* (Kurdistan Demokratischer Konföderalismus) in *Koma Civakên Kurdistan*.

nicht im Politbüro nannten. Während das Politbüro die tatsächlichen Entscheidungen trifft, ist das Zentralkomitee in den meisten Parteien eher eine Art Beratungsgremium. In diesen Beratungsgremien sind Frauen zwar ebenfalls unterrepräsentiert, aber in weniger signifikantem Umfang als in den Politbüros. Um ihre Zahlen hinsichtlich der Repräsentation von Frauen zu beschönigen, haben zahlreiche Parteivorsitzende somit fälschlich das Zentralkomitee zum höchsten Gremium erklärt. Auch, wenn sich auf der faktischen Ebene kaum etwas verändert zugunsten der Repräsentation von Frauen, so ist doch der Beginn eines Bewusstseinswandels in dieser Frage zu beobachten – so die positive Interpretation des beschriebenen Sachverhalts. Eine weniger optimistische Sichtweise besteht darin, dass die Parteien lediglich ideologische Versatzstücke derjenigen Akteur:innen übernommen haben, von denen sie sich aktuell Unterstützung erhoffen – der westlichen Staatengemeinschaft.³⁷

Einmal davon abgesehen, dass die syrischkurdischen Parteien, die im SDR zusammengeschlossen sind, in Bezug auf die Repräsentanz von Frauen bzw. die Nennung von Geschlechtergerechtigkeit als Parteiziel etwas fortschrittlicher wirken, gibt es letztlich keine signifikanten programmatischen Unterschiede zwischen den Mitgliedsparteien des KNR und des SDR. Es stellt sich daher die Frage, aus welchen Gründen Parteien Mitglied des KNR oder des SDR sind.

KNR oder SDR?

Von den Parteien, die an unserer Umfrage teilgenommen haben, und die dem KNR angehören, bezeichnen sich 9 als Gründungsparteien des KNR (Gründungsjahr 2011), die anderen sind zwischen 2012 und 2022 beigetreten. Als ausschlaggebend für die Gründung des bzw. den Beitritt zum KNR wird die Notwendigkeit genannt, angesichts der syrischen Revolution eine gemeinsame Vertretung der Kurd:innen zu etablieren. Es geht darum, ein gemeinsames Programm zu entwickeln und die »kurdische Stimme« in Syrien zu stärken. Der KNR wird dabei als die legitime Vertreterin der syrischen Kurden betrachtet, als Organisation, die das »kurdische Projekt« in Syrien repräsentiert. Darüber hinaus wird mehrfach darauf verwiesen, dass der KNR die syrischen Kurd:innen international repräsentiert bzw. innerhalb der internationalen Gemeinschaft anerkannt ist. Positiv hervorgehoben wird, dass er Teil der Opposition (d. h. von Etilaf) ist und dass er die Kurd:innen im Syrischen Verfassungskomitee (SCC) repräsentiert. Die Tatsache, dass der KNR (nicht aber die PYD oder der SDR) Teil der Opposition und dementsprechend offizieller Teil des UN-Friedensprozesses ist, hat den Verbund somit erwartbar gestärkt. Darüber hinaus wird einmal hervorgehoben, dass der KNR mit friedlichen und demokratischen Mitteln versucht, seine Ziele – die Etablierung der Rechte der Kurd:innen Syriens – umzusetzen und Gewalt ablehnt. Ein weiteres Argument für die Mitgliedschaft im KNR, das erwähnt wird, ist der Wunsch, die Unterstützung der kurdischen Bewegung zu verbreitern. Dies sei mit Hilfe des KNR möglich, da dieser nicht allein aus Parteien bestehe, sondern 50 Prozent seiner Mitglieder NGOs sowie unabhängige Persönlichkeiten seien.³⁸ Zum letzten Punkt ist allerdings einschränkend anzumerken, dass die »unabhängigen« Mitglieder des KNR alles andere als unabhängig sind. Vielmehr handelt es sich beispielsweise um Mitglieder von NGOs, die von der PDK-S finanziert werden, um Mitglieder von Jugend- oder Frauenorganisationen der PDK-S oder schlicht um Personen ohne Parteifunktion, aber mit PDK-S Parteibuch.

Was den SDR anbelangt, ist das am häufigsten vorgetragene Argument, dass es sich bei diesem um ein inklusives Gremium handelt, das alle syrischen Komponenten, d.h. alle in Syrien vertretenen Ethnien repräsentiere. Der SDR sei der einzige Block, der die Gleichheit aller

37 In dieser Hinsicht hat die kurdische Bewegung Syriens eine gewisse Tradition: Bereits Khoybun und die Kurdische Liga übernahmen zur Mandatszeit und während des Zweiten Weltkriegs die Ideologien derjenigen Mächte, die sie um Unterstützung baten, sei es die Sowjetunion, sei es Deutschland, seien es Frankreich oder Großbritannien. In den 1950er Jahren, als sich mehr und mehr Kurden der Kommunistischen Partei zuwandten, prägte diese auch die Ausrichtung der KDPS und ihrer Nachfolgeparteien. Siehe hierzu KurdWatch, Dezember 2011: 19–20.

38 Tatsächlich sieht die Satzung des KNR 51 Prozent Unabhängige vor.

nationalen und religiösen Gruppen in Syrien vertrete. Er vereine diejenigen syrischen Kräfte, die eine echte Veränderung wollen, er sei eine für alle offene oppositionelle Gruppe. Um etwas zu erreichen, sei es notwendig, auf der syrischen Ebene zu arbeiten, nicht auf der regionalen. Es brauche eine gesamtsyrische Opposition, die sich für ein demokratisches, dezentrales Syrien einsetze. Demokratie sei nur unter Einbezug aller sozialen Kräfte erreichbar. Während also der KNR die Einheit innerhalb der syrischkurdischen Kräfte sucht, geht der SDR auf die gesamtsyrische Ebene. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die kurdischen Parteien innerhalb des SDR die kurdische Frage als nachrangig betrachten würden – vielmehr wird hervorgehoben, dass die kurdische Frage im Rahmen der Arbeit des SDR gelöst werden müsse.

Darüber hinaus wird mehrfach betont, dass es sich beim SDR um eine Organisation handele, deren Wurzeln innerhalb Syriens liegen – hier wird zumindest implizit eine Abgrenzung gegenüber dem KNR vorgenommen, dem seine Abhängigkeit von der KDP-Irak vorgeworfen wird sowie seine enge Bindung an die Türkei. Schließlich wird mehrfach positiv hervorgehoben, dass der SDR sich für einen syrisch-syrischen Dialog einsetze, um die syrische Frage zu klären – d. h., er unterstützt grundsätzlich Verhandlungen zwischen Opposition und Regime. Tatsächlich wird dieser Aspekt von keiner der im KNR organisierten Parteien als Ziel des KNR genannt. Da der KNR Teil von Etilaf ist, d. h. Teil der syrischen Opposition und mit einem Mitglied im *Small Body* des Syrischen Verfassungskomitees (SCC) vertreten ist, in dem auch Repräsentant:innen des Regimes mitverhandeln, ist allerdings auch diese Differenz geringer, als sie auf den ersten Blick scheint.

Es ist somit festzuhalten, dass es keine fundamentalen, originär inhaltlichen Gründe dafür gibt, dass sich einige syrischkurdische Parteien dem KNR angeschlossen haben und andere dem SDR. Anders formuliert: Die Gründe, aus denen die verschiedenen Parteien angeben, dem einen oder anderen Block beigetreten zu sein oder diesen mitbegründet zu haben, sind einander sehr ähnlich. Für alle befragten syrischkurdischen Parteien sind die Verwirklichung der politischen und kulturellen Rechte der syrischkurdischen Bevölkerung sowie die Etablierung klassischer Freiheitsrechte in einem dezentralen respektive föderalen Syrien wesentlich. Während die Parteien des KNR angeben, dieses Ziel umzusetzen, indem sie zunächst die syrischkurdischen Parteien einen, um dann in die syrische Opposition hineinzuwirken, verfolgt der SDR den Angaben seiner kurdischen Mitgliedsparteien zufolge die Strategie, die kurdischen sowie die gesamtsyrischen Forderungen im Rahmen eines ethnisch und religiös diversen Verbundes zu fördern.

Bleibt die Frage zu beantworten, inwiefern die internen Strukturen zwischen KNR und SDR grundlegend unterschiedlich – und daher möglicherweise ein Grund für den Beitritt zum einen oder anderen Bündnis sind. In Bezug auf den KNR ist zunächst festzuhalten, dass dieser nie ein Bündnis Gleichberechtigter gewesen ist. Angesichts der Tatsache, dass die Finanzierung des KNR von Beginn an über die irakischkurdische KDP-Irak erfolgt, hat die PDK-S automatisch einer Führungsrolle inne. Allerdings gab es in den ersten Jahren eine Art Abkommen zwischen der PDK-S, der Yekîî und der Fortschrittspartei, die politische Richtung des KNR gemeinsam zu bestimmen. Nachdem die PDK-S zunehmend von dieser Vereinbarung Abstand nahm, verließ die Fortschrittspartei 2018 den Kurdischen Nationalrat.

Auch in unserer Umfrage wurden die Strukturen des KNR von mehreren (ehemaligen) Parteien des KNR als intransparent und undemokratisch kritisiert. Dies wird insbesondere an der Tatsache festgemacht, dass zwei bzw. eine Partei die Politik des KNR dominieren. Als die Freiheitspartei Kurdistans im Juni 2023 den KNR verließ, begründete sie ihren Schritt damit, dass die PDK-S und die vier weiteren im Vorstand versammelten Parteien sämtliche politischen Entscheidungen allein trafen, ohne Beteiligung anderer Parteien. Darüber hinaus wür-

den sämtliche finanziellen Entscheidungen des KNR vom Präsidenten der PDK-S getroffen, unabhängig davon, ob dieser auch Präsident des KNR ist. Es gebe weder Transparenz hinsichtlich der Einnahmen, noch hinsichtlich der Ausgaben, Rechenschaftsberichte würden nicht erstellt.³⁹ Das Procedere während der letzten Konferenz des Kurdischen Nationalrats im November 2022⁴⁰ bestätigt dessen Mangel an partizipativer Demokratie: Nachdem Sicherheitskräfte der Autonomen Selbstverwaltung den Delegierten den Zugang zum Versammlungsort verwehrt hatten, zog sich der Vorstand mit den Parteivorsitzenden bzw. ihren Vertreter:innen zu einer separaten Sitzung zurück. Die sonstigen Parteivertreter sowie die sogenannten Unabhängigen versammelten sich derweil im Büro der KDP-S. Im Anschluss an ihre Sitzung begab sich der Vorstand in das Parteibüro, wurde jedoch von den Sicherheitskräften der Verwaltung daran gehindert, eine Diskussion mit den Delegierten zu beginnen. Daraufhin erklärte der Vorstand, die Konferenz des KNR sei erfolgreich abgehalten worden und sie seien beauftragt, weitere Gremien zu wählen. Tatsächlich war weder die Beschlussfähigkeit der Konferenz festgestellt worden, noch hatte es eine Diskussion mit den Delegierten gegeben. Faktisch hätte die Sitzung wiederholt werden müssen. Lediglich die Freiheitsbewegung Kurdistans protestierte öffentlich gegen dieses Vorgehen.⁴¹ Im September 2023, zehn Monate nach »Abhaltung« des Parteitags, erklärte der KNR ohne Wahlen durchzuführen, dass der alte Vorstand, der seit 2014 ohne Wahlen im Amt ist, auch der neue sei. Protest gegen die Entscheidung gab es kaum – ein Austritt aus dem Nationalrat würde für die Parteien respektive die Parteiführung das Ende ihrer Finanzierung bedeuten.

Offizielle Kritik an den internen Strukturen des SDR gab es im Rahmen unserer Umfrage nicht. Im Gegensatz zur Satzung des KNR sind die politischen Ziele sowie die interne Entscheidungsstruktur des SDR zudem online einsehbar. Gespräche mit mehreren Vorsitzenden kurdischer Parteien im SDR machen jedoch deutlich, dass der SDR nur auf dem Papier über eine demokratische, partizipative Struktur verfügt. De facto würden alle Entscheidungen innerhalb des SDR von der PYD getroffen. Parteien jenseits der PYD erhielten zudem keinerlei Einblick in die Finanzen des SDR, es gebe keinerlei Transparenz hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben. Mehr noch, Entscheidungen, die bereits von den Gremien des SDR oder der PYNK getroffen worden seien, würden regelmäßig aufgehoben, weil »die Freunde« – ein Synonym für PKK-Kader – anders entschieden hätten. Politische Richtungsentscheidungen werden somit weder in den Gremien des SDR, noch in denen der PYD, nicht in den quasi-staatlichen Institutionen der Autonomen Selbstverwaltung und schon gar nicht in den Kommunen als kleinster Einheit der Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens getroffen. Das weit verzweigte System von Räten und Komitees dient, positiv formuliert, der Verwaltung der Region. Negativ formuliert dient es der Kontrolle, der Generierung von Einnahmen sowie der Verschleierung der tatsächlichen Machtverhältnisse. Entscheidungen fallen auf der Führungsebene der PKK, die Umsetzung erfolgt durch PKK-Kader, die die Mehrzahl der Führungspositionen innerhalb der PYD innehaben.⁴² Allein auf dieser Ebene ist auch bekannt, welche Einnahmen, etwa durch den Verkauf von Öl und die Einnahme von Steuern und Gebühren, in der Autonomieregion eingenommen werden – und wofür sie ausgegeben werden. Schätzungen gehen von mindestens 40 Prozent an Einnahmen aus, die schlicht »verschwinden« – was so viel bedeutet, wie dass sie an die PKK gehen.⁴³

Der wesentlichste Unterschied zwischen SDR und KNR besteht somit weder in den Zie-

39 Erklärung des Führungsgremiums der Freiheitsbewegung Kurdistans, 16. Februar 2023, siehe <https://www.facebook.com/Shepel.ewropa/photos/a.488485937916705/5713489242082989/>.

40 Die letzte Sitzung des KNR hatte 2014 stattgefunden. Eine für 2017 geplante Sitzung war von der PYD verhindert worden.

41 Erklärung der Freiheitsbewegung Kurdistans, 16. November 2022, siehe <https://www.facebook.com/Shepel.ewropa/posts/pfbid0WyyqyTBu5bT35mKuA81vUJQvh1XB3hmZzPs6g8xzCx8KozJw1AbZ2dUXunnCnGtAzl>.

42 Siehe Wimmer 2023: 56. Das Buch von Wimmer ist interessant, weil er, ohne es wirklich zu wollen, das Herrschaftssystem der PYD respektive PKK in Syrisch-Kurdistan komplett demaskiert.

43 Gespräch mit dem Leiter einer syrischkurdischen NGO, 10. September 2023.

len, noch in der Struktur, sondern darin, dass über den PYD-dominierten SDR die PKK und über den KNR die KDP-Irak Einfluss auf die Entscheidungen in Syrien nimmt. Anders als die KDP-Irak verfügt die PKK dabei allerdings über tatsächliche Macht in der Region.

Ob eine Partei dem KNR angehört oder dem SDR, ist dabei bis zu einem bestimmten Punkt zufällig – nicht für PYD oder PDK-S, wohl aber für viele der kleineren Parteien. Entscheidend ist, welche finanziellen Vorteile die Partei für ihre Mitgliedschaft erhält. SDR und KNR haben insofern ein Interesse an möglichst vielen Mitgliedern, als zahlreiche Mitgliedsparteien suggerieren, dass der jeweilige Verbund einen großen Bevölkerungsanteil vertritt. Insofern wirkt der KNR Spaltungen seiner Mitgliedsparteien keineswegs immer gezielt entgegen. Vielmehr erkennt er Parteien teilweise selbst dann als Mitglieder an und legitimiert auf diese Weise ihre Abspaltung, wenn die Trennung satzungswidrig erfolgt ist. Der SDR seinerseits nimmt auch Parteien auf, die ihr Parteibüro mit dem Porträt Mullah Mustafa Barzanis schmücken – jedenfalls dann, wenn diese Parteien eher unbedeutend sind und sich mit Kritik an der Verwaltung, der PYD und der Ideologie der PKK zurückhalten. Auf diese Weise gelingt es, nach Außen Diversität vorzutäuschen ohne nach Innen demokratische Strukturen zu schaffen.

Diejenigen SDR-Parteien, die an der Verwaltung beteiligt sind, haben die Möglichkeit, für ihre Mitglieder Arbeitsplätze in der Verwaltung zu schaffen. Darüber hinaus bindet der SDR seine Mitgliedsparteien durch direkte Finanzierung: sie werden auf Basis der Anzahl ihrer Parteimitglieder bzw. ihrer Parteibüros unterstützt. Zu Beginn sollen die Summen zwischen 5.000 und 10.000 USD gelegen haben, inzwischen sollen sie bei 2.000 bis 3.000 USD liegen.⁴⁴

Die KDP-Irak ihrerseits soll dem KNR in Syrien derzeit um die 20.000 USD monatlich zahlen – alle Mitgliedsparteien erhalten davon mindestens 100 USD. Die Parteien im Vorstand des KNR – mit Ausnahme der PDK-S und der Yekîî – erhalten jeweils zwischen 2.000 und 2.500 USD. Was mit den restlichen Geldern passiert, ist unklar. PDK-S und die Yekîî empfangen, anders als die anderen KNR-Parteien, direkte Zahlungen der KDP-Irak, es ist die Rede von circa 80.000 USD monatlich für die PDK-S bzw. 30.000 USD monatlich für die Yekîî. In Irakisch-Kurdistan zahlt die KDP-Irak zusätzlich allen KNR-Parteien rund 500 USD, um einen Angestellten im KNR-Büro in Erbil zu finanzieren. Manche der kleineren Parteien sind reine »Familienunternehmen«, in denen Vater und Sohn die bezahlten Funktionärsstellen innehaben – dies gilt allerdings auch für einige Parteien des SDR. Zudem erhalten Zentralkomitee- und Politbüromitglieder der PDK-S 300 USD bzw. 2.000 USD. Außerdem wird ein Teil der Führungsmitglieder der KDP-S mit einer Wohnung in Irakisch-Kurdistan, einem Auto sowie einem Gehalt versorgt.

Schluss

Angesichts der beschriebenen Zustände ist die Idee einiger Parteien zu sehen, einen neuen Verbund zu gründen, der alle diejenigen Parteien aufnehmen soll, die mit den undemokratischen Zuständen im KNR sowie im SDR unzufrieden sind. Inzwischen haben um die zehn Parteien ihr Interesse an einem solchen Projekt erklärt. Allerdings kann auch ein solcher Zusammenschluss nicht ohne eine regelmäßige Finanzierung auskommen. Ohne die Möglichkeit, politische Aktivitäten zu finanzieren ist es nahezu unmöglich, wirksam zu werden. Dies galt bereits vor 2011 – angesichts der deutlich schwierigeren ökonomischen Lage 2023 hat sich das Problem verschärft. Eine einfache Lösung dieses Problems ist nicht in Sicht.

44 Gespräch mit einem ehemaligen Mitarbeiter von Aldar Khalil, Herbst 2018.



Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (EZKS)
Emser Straße 26
12051 Berlin
Germany
mail@kurdologie.de

Design und Layout: Radwan Awad

© September 2023, Berlin